

"Wir gewinnen zu wenig neu hinzu"

Arbeitsmarktforscher Enzo Weber fordert eine Wirtschaftspolitik für innovative, kleine Betriebe und weniger Verunsicherung durch kleinliche Debatten

Herr Weber, bald wird in Deutschland gewählt. Ein Szenario: Nach der Wahl klingelt Ihr Telefon, der Wahlsieger ruft an und braucht ein Sofortprogramm was raten Sie mit Blick auf den Arbeitsmarkt?

Im Moment spricht man viel über Stellenabbau. Der Tenor ist: Abstiegskampf, Abstiegsangst wir verlieren das, was uns stark gemacht hat. Dabei ist das eigentlich Kritische im Moment: Wir gewinnen zu wenig neu hinzu. Beispielsweise waren die Neugründungen von Betrieben, gerade in der Industrie, noch nie so niedrig wie jetzt. Nie wurden so wenige neue Stellen gemeldet wie jetzt, vom ersten Lockdown im April 2020 abgesehen. Die Investitionen gehen seit Jahren zurück. Große Firmen wie VW, Bosch und Automobilzulieferer ZF kündigen zwar Stellenabbau an, aber das ist bisher nicht das, was passiert ist.

Sondern?

Stattdessen sinkt seit 2022 die Beschäftigung bei den kleinen Unternehmen und Betrieben. Bei den Großen ist sie bis zuletzt gestiegen. Bei den Kleinen kommt also zu wenig nach. Und genau dafür müssen wir Wirtschaftspolitik und auch Arbeitsmarktpolitik machen, um jetzt zum Punkt zu kommen...

... das Sofortprogramm.

Wir dürfen nicht fragen: Wie können wir den Wandel irgendwie bewältigen? So funktionieren Transformationen nicht. Sondern wir müssen zusehen, auch arbeitsmarktpolitisch, dass wir die Kompetenzen, die wir haben, die Fachkräfte, die wir haben, aktivieren für aufstrebende Bereiche der Transformation. Und nur so können wir dann auch erfolgreich sein. Denn wie gesagt: Es entsteht zu wenig Neues. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die weiterentwickelt.

Und umschult?

Nicht unbedingt. Wenn man sich anschaut, welche Bedarfe wir für die Transformation haben, dann sind das ganz viele technische Dinge: Chemie, Elektro, Maschinenbau, Energietechnik und so weiter. Das können wir. Es geht nicht auf breiter Basis darum, dass Menschen in ganz andere Berufe sollen, sondern in andere Anwendungen, in andere Bereiche, wo ihre

Qualifikationen und Fähigkeiten gefragt sind. Das heißt: weiterentwickeln statt umschulen. Wir müssen Pakete schnüren, damit eine solche Weiterentwicklung in der Praxis funktioniert, also Pakete aus einer guten Beratung, aus einer Vermittlung, aus einer gezielten Qualifizierung. Und wenn nötig auch aus einer Entgeltssicherung, weil die Löhne in den neuen Bereichen zumindest vorübergehend niedriger sind als bei dem ein oder anderen eingewachsenen Konzern. Daran können sich Politik und Firmen beteiligen. Das wäre die Arbeitsmarktpolitik, die ich mir wünsche.

Welche Rolle spielt Kurzarbeit dabei?

Kurzarbeit hat einen Schwachpunkt: Sie kann Wandel verschleppen. Aber Kurzarbeit ist in Rezessionen ein wichtiges Instrument und auch interne Weiterentwicklung von Beschäftigten kann in einer Transformation wichtig sein. Beides Beschäftigungssicherung und Weiterentwicklung könnte man zusammenbringen, wenn man Kurzarbeit und Qualifizierung verbindet. Daran könnten auch längere Bezugsdauern geknüpft werden, mit flexiblen Formaten, die auch in schwer planbaren Situationen umsetzbar sind, und pragmatischen Voraussetzungen. Auch unabhängig von Kurzarbeit sollten wir noch stärker auf Qualifizierung setzen: Wenn Firmen den Arbeitsausfall steuerlich geltend machen könnten, dann würde man diejenigen belohnen, die viel qualifizieren, und den anderen einen Anreiz geben, das auch zu tun.

Es wird viel über Volkswagen & Co gesprochen, kaum über die kleinen Betriebe. Haben Sie den Eindruck, dass die Politik das Problem auf dem Schirm hat?

Wenn ich sage, dass die Großen bis zuletzt gewachsen sind, dann soll das kein Zeichen zur Entwarnung sein, denn die ganzen Ankündigungen von Stellenabbau sind Realität und an VW hängen ja auch viele kleine Betriebe. Deshalb ist es schon richtig, über VW zu sprechen, aber das allein ist nicht die Wirtschaftspolitik, die die Industrie aus der Krise wieder nach vorne bringen wird. Einzellösungen für Konzerne reichen nicht, weil wir in der Transformation die Gründungen brauchen, die Innovationen, die neuen Geschäftsmodelle, die Investitionen. Dafür

muss man Politik machen das hat natürlich auch etwas mit der Transformation von Konzernen zu tun, aber bei weitem nicht nur.

Sie haben den Abstiegskampf angesprochen, aus dem man rauskommen muss. Dafür braucht es eine positive Erzählung. Wie legt man diesen Schalter um?

Die Industrie, die wir haben, ist nicht entstanden, weil wir Standards bewahren wollten. Sie ist durch Innovation entstanden. Auch Gewerkschaften sind nicht entstanden, weil sie Standards bewahren wollten, sondern sie haben Standards erkämpft, sie haben Neues vorangebracht. Deutschland hat die Anlagen für eine erfolgreiche Transformation, auch technisch übrigens. Viele andere Länder sind von ihrer technologischen Grundstruktur gar nicht in der Lage, sich selbst zu dekarbonisieren.

Deutschland schon?

Die Grundlagen sind da, für Windkrafttechnik, Wasserstofftechnik, Heizungs- und Klimatechnik, Infrastruktur. Neue Produktionstechniken, auch Umweltschutztechniken sind im Kommen. De-industrialisierung ist keine Notwendigkeit. Es gibt aber eine massive Unsicherheit, Corona war nichts dagegen. Was ist mit der Förderung von E-Mobilität passiert? Welche Fiskal- und Förderpolitik wird in diesem Land gemacht? Welche Heizung soll ich kaufen? Ist der Verbrenner vielleicht doch die Alternative? Solche Diskussionen führen wir das bringt einfach eine enorme Unsicherheit und das hemmt Investitionen, das hemmt Gründungen.

Es braucht von der Politik also eine klare Kante?

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die antizipierbar ist. Klare Zielsetzungen, klare Entscheidungen, einen transparenten Prozess und die dazugehörigen Infrastrukturinvestitionen. Dann kommen auch mehr private Investitionen, die in diese Lücke, die es im Moment gibt, stoßen.

Ist das eine Lücke, die die aktuelle Regierung hinterlassen hat?

Die hat in der Energiekrise einiges geleistet. Es geht nicht darum, ob gerade A oder B in der Regierung ist. Investoren

haben einen Horizont von teilweise Jahrzehnten, wenn sie überlegen, Industrieanlagen aufzubauen und ähnliches. Deshalb muss man über den Tag hinaus schauen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird 2025 steigen. Massenarbeitslosigkeit wird es aber nicht geben, oder?

Nein, da sind wir noch weit entfernt. Und wenn man sich jetzt einen Screenshot der Wirtschaft anschaut, dann würde man sich vielleicht auch gar nicht so große Sorgen machen. Die Beschäftigung ist so hoch wie noch nie. Aber die Richtung stimmt nicht: Die Arbeitslosigkeit steigt und die Industrie verliert im Moment pro Monat mehr als 10 000 Jobs. Andererseits kommt in Branchen wie der Pflege, Erziehung, Gesundheit oder dem Verkehr immer noch so viel dazu, sodass unter dem Strich ein leichtes Plus steht. Also ja, der Trend der steigenden Arbeitslosigkeit wird nicht morgen vorbei sein. Die Arbeitslosigkeit wird wieder sinken, wenn wir die Wende in der Industrie hinbekommen.

Ein anderer Aspekt ist der demografische Wandel. Netto rund 400 000 Menschen müssen jedes Jahr nach Deutschland kommen, damit wir das Niveau halten. Allerdings verlassen viele ausländische Fachkräfte Deutschland wieder. Wie groß ist das Problem?

Grundsätzlich gehört solch ein Austausch auch dazu. Wer Zuwanderung haben will, der hat auch Abwanderung. Deutschland will ein offenes Land sein und dazu gehört auch, dass Menschen woanders hingehen. Die Herausforderung ist aber: Aufgrund von Alterung verlieren wir über 15 Jahre rund sieben Millionen Arbeitskräfte. Die großen Generationen scheiden aus, die Nachkommen sind viel kleiner. Zuwanderung ist da wichtig, am Ende zählt der Saldo.

Das heißt?

Es kommt nicht darauf an, welches Land bekommt am meisten Zuwanderung, sondern wer macht am meisten daraus. Und Deutschland hat schon ziemlich hohe Abwanderungsquoten. Es gab Jahre, da gingen fast zehn Prozent der Ausländer wieder weg. Kritisch ist das dann, wenn die Abwanderung aus einer schlechten Arbeitsmarktintegration resultiert, aus langwierigen Verfahren oder aus Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Seit vielen Jahrzehnten wandern Menschen nach Deutschland ein. Haben wir das Beste daraus gemacht?

Nein. Viele Zugewanderte können das Potenzial, das sie eigentlich hätten, in Deutschland nicht abrufen.

Warum nicht?

Das kann oft daran liegen, dass Menschen mit ihrem Bildungshintergrund nicht in den deutschen Qualifikationsrahmen passen, oder an Sprachschwierigkeiten. Wenn Zugewanderte im erstbesten Job landen, ist das kein Erfolg, mit dem wir uns zufrieden geben sollten. Wir müssen Kompetenzen anerkennen, wir müssen berufsbegleitend Qualifizierung initiieren, wir müssen berufsbegleitend Sprache fördern, übrigens auch familienbegleitend. Die Erwerbsquoten von Frauen sind niedrig, zumindest aus vielen Zuwanderungsländern, wenn auch nicht aus allen. Mit einem Recht auf eine durchgängige Ganztags-Kinderbetreuung könnte man einiges für die Integration tun.

Über die mehr als 900 000 Langzeitarbeitslosen wird kaum gesprochen. Sind diese Menschen für den Arbeitsmarkt verloren?

Verloren? Nein. Seit den Nullerjahren ist es uns gelungen, die Langzeitarbeitslosigkeit immens zu senken. Wir sollten uns

sehr hüten vor dem Bild, dass Langzeitarbeitslose eine feste Gruppe sind, bei der sich nichts bewegt. Da bewegt sich eine Menge. Leider ging es jetzt aber über lange Krisenzeiten in die falsche Richtung. Erst Corona, dann die Energiekrise, jetzt haben wir die Industriekrise. Die Jobchancen sind aktuell auf dem Tiefpunkt angekommen und das ist kritisch, denn je länger Arbeitslosigkeit anhält, desto mehr verfestigt sie sich. Deshalb müssen wir alle Register ziehen. Wir brauchen verbindliche Regeln, aber keinen übermäßigen Druck. Wir brauchen mehr Investitionen in die Qualifizierung und in die Betreuungskapazität, denn oft sind die Fälle nicht einfach. Da geht es oft nicht einfach nur um einen fehlenden Berufsabschluss, sondern da kommen andere Dinge hinzu wie gesundheitliche Einschränkungen oder Betreuungsverpflichtungen. Deshalb braucht es eine individuelle Betreuung, gute Anreize, um die Erwerbstätigkeit zu steigern, und einen Wirtschaftsaufschwung. Wenn das alles kommt, dann wird es auch wieder in die richtige Richtung gehen.

Also geht es auch um eine gute finanzielle Ausstattung der Jobcenter zum Beispiel.

Richtig, und das ist auch total sinnvoll. Die allermeisten offenen Stellen befinden sich im mittelqualifizierten Bereich. Die allermeisten Arbeitslosen in der Grundsicherung haben aber keine abgeschlossene Ausbildung. Investitionen in die Qualifizierung bringen mehr Jobaufnahmen. Statt Hilfsleistungen auszuzahlen, bekommt man dann Steuern und Beiträge zurück. Das muss die Perspektive sein.

Zur Person

Enzo Weber, geboren 1980, ist Wirtschaftswissenschaftler. Seit 2011 leitet er die Forschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Zudem lehrt er an der Universität Regensburg.

Franfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Datum	07.02.2025		Verbreitete Auflage	181.932
Seite	18		Reichweite	852.000
Autor	Dietrich Creutzburg			

Berufsabschluss bringt mehr Jobsicherheit als Studium

Die Arbeitslosigkeit steigt, auch unter Akademikern - aber einer Gruppe ergeht es trotz widriger